

1. Deutsche Presse-Agentur 26.01.2025

Pflegeversicherung 2024 im Minus - Neue Sorgen

Die Pflegebeiträge gingen gerade erst nach oben - die Ausgaben steigen aber auch. Das hat Folgen für das Finanzpolster der Pflegeversicherung.

Berlin (dpa) - Die Pflegeversicherung ist im vergangenen Jahr in die roten Zahlen geraten und warnt vor größeren Finanznöten. Das Defizit 2024 beträgt voraussichtlich 1,55 Milliarden Euro, wie aus Daten des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenversicherungen hervorgeht, der auch die Pflegekassen vertritt. Ein endgültiges Ergebnis soll Mitte Februar vorliegen. Für dieses Jahr wird zum jetzigen Zeitpunkt ein kleines Minus von 300 Millionen Euro erwartet und damit ein in etwa ausgeglichenes Ergebnis. Hintergrund ist eine erneute Anhebung des Pflegebeitrags zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte.

Verbandschefin Doris Pfeiffer sagte der Deutschen Presse-Agentur:

«Die Situation der Pflegeversicherung ist sehr ernst.» Mit der Beitragserhöhung sei das Finanzierungsproblem nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben worden. «Der höhere Beitrag wird bestenfalls ausreichen, um die Ausgabensteigerungen in diesem Jahr auszugleichen.

Aber für 2026 reicht das dann keinesfalls mehr.»

«Lage so ernst wie noch nie»

Pfeiffer sagte, die Situation spitze sich bereits zu. Im Februar könnten erstmals einzelne Pflegekassen Liquiditätshilfe aus einem Ausgleichsfonds benötigen. «Da muss sich jetzt niemand Sorgen machen, denn durch dieses Verfahren wird sichergestellt, dass in diesem Jahr noch alle Pflegekassen zahlungsfähig bleiben. Aber dies zeigt: Die Lage ist so ernst wie noch nie.» Der Verband mahnte eine rasche finanzielle Stabilisierung nach der Bundestagswahl an.

2. Deutsche Presse-Agentur 26.01.2025

Pflegeversicherung: Finanzlage «ernst wie nie» Von Sascha Meyer, dpa

Die Pflege im alternden Deutschland wird teurer und teurer - auch für die Beitragszahler. Kurz vor der Wahl sendet die Pflegeversicherung Warnsignale.

Berlin (dpa) - Die Pflegeversicherung ist 2024 in die roten Zahlen gesackt und warnt trotz gerade erhöhter Beiträge vor größeren Finanznöten. «Die Lage ist so ernst wie noch nie», sagte Doris Pfeiffer, Chefin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenversicherungen, der auch die Pflegekassen vertritt, der Deutschen Presse-Agentur. Mit der Beitragsanhebung zu Jahresbeginn sei das Finanzierungsproblem nicht gelöst, sondern lediglich aufgeschoben worden. Dies werde bestenfalls

ausreichen, um die Ausgabensteigerungen in diesem Jahr auszugleichen. «Aber für 2026 reicht das dann keinesfalls mehr.»

Pfeiffer sagte, die Situation spitze sich bereits zu. Im Februar könnten erstmals einzelne Pflegekassen Liquiditätshilfe aus einem Ausgleichsfonds benötigen. «Da muss sich jetzt niemand Sorgen machen, denn durch dieses Verfahren wird sichergestellt, dass in diesem Jahr noch alle Pflegekassen zahlungsfähig bleiben.» Sie fügte aber hinzu:

«Wenn nach der Wahl die neue Bundesregierung nicht sehr rasch handelt und Maßnahmen zur finanziellen Stabilität ergreift, steht die Pflegeversicherung im nächsten Jahr vor einer existenziellen Krise.»

#### Effekt der erneuten Beitragsanhebung

Das Defizit 2024 beträgt voraussichtlich 1,55 Milliarden Euro, wie aus Daten des Spitzenverbands hervorgeht. Ein endgültiges Ergebnis soll Mitte Februar vorliegen. Für dieses Jahr wird zum jetzigen Zeitpunkt ein kleines Minus von 300 Millionen Euro erwartet und damit ein «in etwa ausgeglichenes Ergebnis». Hintergrund ist eine erneute Erhöhung des Beitrags zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte, nachdem er zuletzt im Sommer 2023 angehoben worden war.

Einbringen soll das nun jährliche Mehreinnahmen von 3,7 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite gehen die Kosten ebenfalls hoch. Im vergangenen Jahr seien die Leistungsausgaben um rund elf Prozent gestiegen, erläuterte Pfeiffer. «Für dieses Jahr erwarten wir ebenfalls einen Anstieg deutlich über elf Prozent. Damit wird die Pflegeversicherung erstmals über 70 Milliarden Euro ausgeben.»

#### Mehrere Ursachen für höhere Milliardenkosten

Ein Grund für den Anstieg sei, dass die Zahl der Leistungsbeziehenden «sehr dynamisch» steige. Zum Jahresbeginn wurden außerdem alle Zahlungen für Pflegebedürftige zu Hause und im Heim um 4,5 Prozent angehoben, wie es noch eine Reform der Ampel-Koalition von 2023 festlegte. Kosten: 1,8 Milliarden Euro, die den Pflegebedürftigen laut Gesundheitsministerium jetzt mehr zur Verfügung stehen. Die Pflegekassen zahlen daneben immer mehr, um steigende Eigenanteile für Pflegebedürftige abzumildern. Denn die Pflegeversicherung trägt - anders als die Krankenversicherung - nur einen Teil der Kosten.

Pfeiffer sagte, es lägen zahlreiche Ideen vor, wie die Pflege zukunftsfest gemacht werden kann. «Es ist wichtig, dass die Parteien nun im Wahlkampf ihre Konzepte vorstellen, damit die Menschen sich ein Bild machen können, wer auf diese existenzielle Frage welche Antwort hat.» Damit die Pflegeversicherung nach Jahren der Unsicherheit und aufkommender Instabilität wieder in ruhiges Fahrwasser komme, sollte die neue Bundesregierung einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens für eine Reform anstreben.

#### Wahlkampfthema Pflege

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte eigentlich noch eine größere Finanzreform angepeilt, die nach dem Bruch der Ampel-Koalition aber nicht mehr zustande kam. Pfeiffer sagte: «Wir werden nicht müde zu fordern, dass der Bund seinen Verpflichtungen nachkommt.» Gelder zur Finanzierung von Corona-Maßnahmen müssten an die Pflegeversicherung zurückgezahlt und Rentenbeiträge für pflegende Angehörige dauerhaft übernommen werden.

Ein Wahlkampfthema ist die Pflege bereits. So will die SPD die Eigenanteile für die reine Pflege im Heim bei 1.000 Euro im Monat begrenzen - im Sommer lagen sie im bundesweiten Schnitt nach Kassendaten im ersten Jahr im Heim bei gut 1.400 Euro nur für die reine Pflege. Daneben sind auch noch Zahlungen für Unterkunft und Verpflegung fällig. Die Union nennt im Programm unter anderem Steuermittel und «bezahlbare Pflegezusatzversicherungen». Die FDP strebt neben Beiträgen «eine kapitalgedeckte Komponente» an. Die Grünen wollen versicherungsfremde Leistungen «angemessener über den Staat finanzieren».